

Alle Hände voll zu tun

Lehrer*innen mit Burn-Out, Kinder mit Schulangst, überforderte Eltern: Im Schulumfeld leisten Fachkräfte der Psychologie, Sozialen Arbeit sowie Schulbegleiter*innen einen großen Beitrag für den Erhalt der psychischen Gesundheit, fürs soziale Miteinander und eine erfolgreiche Inklusion.

Text: Anne Prell

„Die psychische Gesundheit im Lern- und Lebensraum Schule ist spätestens seit den Auswirkungen der Coronapandemie stärker in den Vordergrund gerückt“, erklärt die Schulpsychologin Andrea Spies. Sie engagiert sich im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) und ist seit 2021 Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie. Zwar würden schulpsychologische Angebote in Deutschland seit Jahren ausgebaut, im internationalen Vergleich hinken sie aber immer noch hinterher. Insgesamt gibt es laut Andrea Spies circa 2.000 Schulpsycholog*innen, deren Arbeit allerdings oft unbemerkt vorstättengehe: „Wir sind neutral, unsere Arbeit erfordert meist einen vertraulichen Rahmen und ist daher wenig öffentlich sichtbar.“ Dennoch leisten Schulpsycholog*innen einen wichtigen Beitrag zur psychischen Gesundheit an Schulen. In der Regel sind sie je nach Bundesland in schulpsychologischen Diensten, Zentren oder Beratungsstellen verortet. Von dort aus hospitieren sie etwa im Unterricht und bieten vor Ort Beratungsgespräche an.

Professioneller Blick von außen

„Wir als Schulpsycholog*innen haben die Aufgabe mitzuhelfen, dass es allen Beteiligten im Mikrokosmos Schule möglichst gut geht, bei dem was sie tun. Egal ob Schulleiter*in, Lehrkraft, Schüler*in, Erziehungsberechtigte: Sie sind alle ein Teil des Systems und haben Anspruch auf Beratung oder Coaching“, erklärt Andrea Spies. Dabei verbleiben die Fachkräfte auf einer Metaebene: „Wir sind nicht Teil des Systems Schule und das ist wichtig. Auf diese Weise sind wir nicht voreingenommen, bleiben neutral und können die Problematiken oder Sorgen von außen mit einer professionellen Distanz betrachten“, so die Expertin. Deshalb sind Schulpsycholog*innen für gewöhnlich nicht an einer Schule angestellt,

sondern wie zum Beispiel im Saarland bei der Kommune. In Bayern gibt es Lehrkräfte mit einem Staatsexamen in Schulpsychologie, andernorts wird das Diplom oder der Master in Psychologie verlangt.

Doch eine Sache scheint die Bundesländer zu vereinen: eine Unterversorgung, die präventives Agieren erschwert. „Idealerweise greifen wir frühzeitig ein, wenn Probleme langsam sichtbar werden und spielen nicht Feuerwehr in letzter Sekunde. Aber das ist personell nicht immer möglich“, erklärt Andrea Spies. Laut eines aktuellen Positionspapiers des BDP zu psychischer Gesundheit an deutschen Schulen liegt der internationale Standard für die Versorgung mit Schulpsycholog*innen für Schüler*innen bei 1 zu 1.000. Dieser Schlüssel wird allerdings laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamts von 2022 in den wenigsten Bundesländern erfüllt. In Hamburg etwa kamen insgesamt 3.307 Schüler*innen auf eine schulpsychologische Fachkraft, in Brandenburg hingegen ist der Schlüssel 9.822 zu 1. Die Wartelisten für Menschen mit Beratungsbedarf sind deswegen oft lang. Das führt laut Andrea Spies dazu, dass sich manche Eltern oder Lehrer*innen gar nicht erst melden: „Es ist unbedingt wichtig, dass die Nachfrage und der enorme Bedarf sichtbar und mehr schulpsychologische Unterstützung eingefordert werden. Nur so können wir aktiv werden.“

Im Regierungsbezirk Düsseldorf waren kürzlich Teil- und Vollzeitstellen bei verschiedenen Beratungsstellen zu besetzen. Voraussetzung war unter anderem ein Universitätsabschluss (Diplom oder Master) in Psychologie oder ein mit einem Mastergrad abgeschlossenes, in einem Akkreditierungsverfahren für den höheren Dienst geeignetes eingestuftes Psychologie-Studium an einer Fachhochschule. Der Schwerpunkt sollte idealerweise auf Pädagogische/Entwicklungspsychologie oder

Schulpsychologie, Klinische oder Organisationspsychologie und/oder Psychodiagnostik von Kindern und Jugendlichen liegen. Berufspraxis oder ein Praktikum im pädagogisch- oder klinisch-psychologischen Bereich sowie zusätzliche Qualifikationen in Beratungs- und/oder Interventionsmethoden sind ebenfalls erwünscht. Im Kreis Steinfurt hingegen möchte die Bezirksregierung Münster zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine unbefristete Vollzeitstelle als stellvertretende Leitung der schulpsychologischen Beratungsstelle besetzen. Die Einstellung erfolgt im Beamtenverhältnis als Regierungsrät*in, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt werden: unter anderem die mehrjährige Berufserfahrung im schulpsychologischen Dienst. Allen Stellenausschreibungen gemein ist der Wunsch der Arbeitgeber nach Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenz sowie Kontaktfreude der Bewerber*innen: „Sie müssen mit Menschen – und vor allem mit Kindern – können. Sonst geht es nicht“, erklärt Andrea Spies.

Fachwissen als Voraussetzung

Der erste Kontakt zwischen Personen aus dem Schulalltag und Schulpsycholog*innen entsteht in der Regel über eine telefonische Beratung. Hier treten Eltern oder Lehrkräfte mit unterschiedlichen Anliegen an die Fachkräfte heran: Lernschwierigkeiten, Schulangst oder Verhaltensauffälligkeiten. „Ich setze mich als Schulpsychologin mit der Familie zusammen, manchmal ist auch die Lehrkraft oder jemand von der Schulsozialarbeit dabei, und wir entwickeln gemeinsam eine Lösung. Bei Bedarf führe ich auch verschiedene Tests durch, um das Potenzial und den Entwicklungsstand des Kindes zu überprüfen“, erklärt Andrea Spies, die für ihre Arbeit auf ein multiprofessionelles Netzwerk zurückgreifen kann. Auch sogenannte Schulbegleiter*innen sind ein Teil davon. Sie kommen zum Beispiel zum Einsatz,

wenn die Teilhabe am Schulalltag nicht mehr stattfinden kann. Aber auch bei körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen, ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten oder einem besonderen Förderbedarf unterstützen diese Fachkräfte.

Der Erstkontakt zu Schulbegleiter*innen erfolgt über verschiedene Träger und Beratungsstellen. Im baden-württembergischen Konstanz fungiert der Fachdienst Inklusion und Schule des Caritasverbands Konstanz e.V. als Kontaktstelle für Eltern, Schulen, Kindertageseinrichtungen und andere Kooperationspartner. Der Fachdienst berät rund um Antragsverfahren und Finanzierung und organisiert den Einsatz der Schulbegleiter*innen. Als wichtiger Baustein für eine inklusive Schule ermöglichen die Fachkräfte die Teilhabe am regulären Unterricht – in jeder Schulform. Sie richten sich dabei nach den individuellen Bedürfnissen der Kinder oder Jugendlichen. Dafür bleiben sie im ständigen Dialog mit Mitschüler*innen, Eltern und Lehrer*innen. Im Vordergrund steht immer der Wunsch, die Situation der betroffenen Person zu verbessern. Die Entstigmatisierung des Beratungsgesprächs als ersten Schritt liegt Andrea Spies deshalb besonders am Herzen: „In unserer Gesellschaft werden Menschen mit psychischen Belastungen oft allein gelassen. Dabei sind seelische Gesundheit und Bildung die Ressourcen für eine stabile, prosperierende Gesellschaft. Psychische Gesundheitsversorgung von Beginn an braucht deshalb mehr Aufmerksamkeit.“

Im Akut- und Präventivfall

Auch Frank Unger plädiert für die Normalisierung von Beratungsgesprächen. Der diplomierte Sozialpädagoge arbeitete zehn Jahre lang als Schulsozialarbeiter und ist seit einem Jahr als pädagogischer Leiter der „Gießen at Schule gGmbH“ tätig. Diese beschäftigt mit der Stadt Gießen als alleinige Gesellschafterin 16 Schulsozialarbeiter*innen an regionalen Schulen. Wie die Schulpsychologie richtet auch die Schulsozialarbeit ihre Angebote an alle Beteiligten im System Schule in enger Kooperation mit den Institutionen selbst sowie außerschulischen Einrichtungen wie Beratungsstellen oder Jugendämtern.

Das Aufgabenfeld der Schulsozialarbeit ist breit gefächert: „Es gibt natürlich die

klassische Schulsozialarbeit, wenn es irgendwo ‚brennt‘. Dazu gehört Streit in der Klasse, Kindeswohlgefährdung, Konflikte zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen, Mobbing. Aber Schulsozialarbeit ist auch Präventivarbeit. Wie gehe ich mit Medien um? Wie verhalte ich mich in der Klasse? Da gibt es viele Möglichkeiten“, erklärt Frank Unger. Dabei lasse sich der Arbeitsalltag oft flexibel gestalten. Manche Angebote seien im Stundenplan verortet, andere seien frei einteilbar. Frank Unger ist es besonders wichtig, dass die Schüler*innen aus freien Stücken in die Beratung kommen: „Im besten Fall ist die oder der Schulsozialarbeiter*in so etwas wie die gute Seele der Schule. Jemand, dem ich als Kind vertrauen kann, der mir zuhört.“ Auch das Verhältnis zu den Lehrkräften sollte kollegial sein: „Als Schulsozialarbeiter bin ich präsent in der Schule. Die Lehrer*innen kennen mich, die Schüler*innen kennen mich und sagen im besten Fall: ‚Das ist der Herr Unger, da kannst du hingehen, wenn du ein Problem hast.‘“

Manche Konflikte lassen sich in der Beratung klären, andere ziehen einen längeren Prozess nach sich. „In der Regel haben wir klare Leitfäden für bestimmte Situationen, zum Beispiel Kindeswohlgefährdung. Dann wird das Jugendamt eingeschaltet“, erklärt Frank Unger. Dafür sei es wichtig, dass sowohl Lehrkräfte als auch Schulsozialarbeiter*innen

„ihre“ Schüler*innen gut im Blick hätten. Und wie sieht es mit der personellen Versorgung in der Schulsozialarbeit aus? Der Landesverband Baden-Württemberg der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Beispiel macht sich stark für einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 150. Allerdings sei das laut Frank Unger weit von der Realität entfernt. In Gießen gibt es die Schulsozialarbeit seit 2012. „Das war politisch gewollt und wurde deshalb umgesetzt. Allerdings ist es in Hessen nicht einheitlich geklärt, wie Schulsozialarbeit finanziert und etabliert werden soll“, so Frank Unger. In der Regel seien Schulsozialarbeiter*innen in Hessen entweder bei freien oder öffentlichen Trägern angestellt, etwa beim Jugendamt.

Die Arbeit von Fachkräften in Schulpsychologie, Schulsozialarbeit und von Schulbegleiter*innen gewann während der Coronapandemie an Bedeutung, da Kinder und Jugendliche durch die Lockdowns stark belastet waren. Auch das Lehrpersonal kam damals an seine Grenzen und befindet sich auch heute noch dort aufgrund des Fachkräftemangels. „Je nach Schulform besuchen Kinder und Jugendliche zwölf bis 13 Jahre lang die Schule, fünfmal die Woche, den ganzen Tag. Wenn sie sich da nicht wohl fühlen – wie soll Bildung dann funktionieren?“, erklärt Frank Unger. Umso wichtiger wären bundesübergreifende Regelungen für Finanzierung und Bedarfsplanung für diese Fachkräfte.



Für Fachkräfte aus der Psychologie, Sozialen Arbeit und Pädagogik bietet die Schule viele Möglichkeiten, mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Foto: pressmaster/Adobe Stock